

MDL-NEWSLETTER

3/2024

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Strukturwandel, Ankerprojekte und Industrieflächen

Thomas Schnelle im Gespräch mit der Ministerin Mona Neubaur

EDITORIAL

Frohe Ostern!

Der Kreis Heinsberg steht, wie das gesamte rheinische Revier, in einer Phase der Veränderung. Der endgültige Kohleausstieg und der dadurch notwendige Strukturwandel erfordern mutige Entscheidungen und innovative Lösungen, um den Wohlstand und die Lebensqualität in unserer Region zu sichern. Gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Neubaur arbeiten wir daran, diesen Strukturwandel durch konkrete Ankerprojekte voranzutreiben und zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Auf Seite 4 erfahren Sie, was dahintersteckt.

In diesen Tagen des Frühlings und der Erneuerung möchten wir Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Osterfest wünschen. Ostern ist ein Fest der Hoffnung und des Neuanfangs, eine Zeit, in der wir gemeinsam auf die Zukunft blicken und die Her-



ausforderungen, die vor uns liegen, mit Zuversicht angehen.

Zusätzlich möchten wir allen, die in den kommenden Tagen Ferien haben, eine erholsame und wunderbare Zeit wünschen. Nutzen Sie diese Gelegenheit, um abzuschalten, sich zu erholen und schöne Momente mit Familie und Freunden zu teilen.

Möge dieses Osterfest für Sie alle ein Zeichen der Hoffnung und der Erneuerung sein. Genießen Sie die Feiertage im Kreise Ihrer Liebsten und schöpfen Sie Kraft für die Aufgaben, die vor uns liegen.

Mit den besten Wünschen für ein friedvolles und freudvolles Osterfest. ■



Bernd Krüchel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 33. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

PETITIONSAUSSCHUSS

Mehr als 5.200 Eingaben – Schnelle stellt Jahresbericht vor

Seit 2017 hat Thomas Schnelle, der CDU-Landtagsabgeordnete des Heinsberger Nordkreises, die Position des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden im Petitionsausschuss des Landtags NRW inne. Halbjährlich berichtet der Ausschuss dem Landtag über seine Arbeit, die eingegangenen Petitionen und die beratenen und abgeschlossenen Eingaben.

In seinem Jahresbericht, der während der letzten Plenarsitzung vorgestellt wurde, hob Schnelle hervor, dass das Petitionsrecht einen wesentlichen Pfeiler unserer Demokratie darstellt. Er betonte, dass dieses Recht jedem Bürger ermöglicht, mit Anliegen direkt an das Landesparlament heranzutreten, was ein zentrales Element der politischen Partizipation ist. Besonders im Fokus stehen dabei individuelle Anliegen im Umgang mit Behörden. Schnelle verwies auf die Demonstrationen im Kreis Heinsberg als Ausdruck eines bürgerschaftlichen Engagements, das derzeit bundesweit Beachtung findet. In Zeiten von Krieg und Krisen sei es besonders wichtig, sich zu engagieren und die eigene Stimme zu erheben. Die jüngsten Demonstrationen gegen Rassismus und Faschismus zeigten den Willen der Bevölkerung, aktiv zu werden.

Die Mehrheit der Petitionen, die den Landtag erreichen, betrafen 2023 die Bereiche Bauen, Woh-



© CDU-Landtagsfraktion NRW / Sondermann [A]

nen, Verkehr sowie das Sozialrecht. Rund 4.300 Menschen wandten sich mit Petitionen an den Landtag, was etwas weniger war als im Jahr 2022, in welchem gut 5.000 Petitionen eingingen. Der Ausschuss hat im vergangenen Jahr jedoch mehr als 5.200 Eingaben beraten und abgeschlossen. Schnelle unterstrich die Bedeutung von Petitionen für die Förderung der Demokratie und die Notwendigkeit einer verbesserten Kommunikation zwischen Bürgern und Staat, um das Vertrauen in politische Institutionen zu stärken.

Um die Wirkungskraft von Petitionen zu veranschaulichen, führte er das Beispiel einer sehbehinderten Frau an, die sich an den Landtag gewandt hatte. Ihr Weg zur neuen Arbeitsstelle war durch das Fehlen

von akustischen Signalen an Ampeln erschwert. Der Petitionsausschuss nahm sich dieser Angelegenheit an, und es wurden akustische Blindensignale installiert, um ihr so einen sicheren Weg zur Arbeit zu gewährleisten.

Der Petitionsausschuss des Landtags hilft allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Behörde falsch behandelt fühlen. Eine Petition darf grundsätzlich jeder einreichen. Für die Formulierung gibt es keine Vorgaben. Die Petition muss allerdings schriftlich, unterschrieben und unter der Nennung von Namen und Adresse erfolgen. Auch die Abgabe einer Online-Petition auf der Internetseite des Landtags ist möglich. ■

Dieser Bericht wurde von unserer Schülerpraktikantin Jule Smeets von der Gesamtschule Gangelt-Selfkant verfasst.

STRUKTURWANDEL

Fokusflächen und Ankerprojekte

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstreicht die zentrale Bedeutung des Kreises Heinsberg im Rahmen der Umsetzung des Strukturwandels und fördert die Entwicklung von Wirtschaftsflächen und Ankerprojekten. Das von Ministerin Neubaur geführte Wirtschaftsministerium und die beteiligten regionalen Akteure setzen dabei auf Innovation und Nachhaltigkeit als Triebfedern für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Mit einem Fördervolumen von mehr als 14,8 Milliarden Euro unterstützen Bund und Land die nachhaltige Transformation des rheinischen Reviers. Diese Mittel werden für die nun festgelegten Ankerprojekte durch weitere Förderprogrammlinien sowie privatwirtschaftliche Investitionen flankiert.

Zu den zentralen Projekten des Landes für den erfolgreichen Strukturwandel gehören die im Landesentwicklungsplan (LEP) festgelegten Wirtschaftsflächen, die beispielsweise durch Infrastrukturausbau und verschiedene staatliche Akteure gefördert werden. Die FutureSitelWest in Geilenkirchen/Lindern ist eine der zwei Fokusflächen, die im besonderen Landesinteresse liegen. Mit den Ankerprojekten erhält das Breitenförderprogramm für den Strukturwandel, welches von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR) umgesetzt wird, jetzt einen Fokus auf ausgewählte

Maßnahmen gelegt, die Strahlkraft für die gesamte Region haben werden.

Eines der Ankerprojekte, das den Wandel mitgestaltet, ist der »Campus Transfer Land- und Ernährungswirtschaft«, das wir Abgeordnete seit Jahren begleiten. Dieses Vorhaben zielt darauf ab, technologische und gesellschaftliche Innovationen für eine gesteigerte wirtschaftliche Wertschöpfung und eine nachhaltige Entwicklung in der Land- und Ernährungswirtschaft nutzbar zu machen. Mit Teilprojekten, die Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft, im Ernährungsbereich sowie im Bereich Biodiversität und Umwelt vorantreiben, setzt der Kreis Heinsberg in Zusammenarbeit mit Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft neue Maßstäbe.

Ferner spielt der Kreis Heinsberg eine tragende Rolle im Projekt »Dörfer der Zukunft«. Hier werden die erhaltenen Dörfer am Tagebaurand zu exemplarischen Orten der Transformation und des Strukturwandels entwickelt. Sie stehen sinnbildlich für die Neudefinition ländlicher Lebens- und Arbeitsformen in der sich wandelnden Gesellschaft.

Ein weiteres Ankerprojekt stellt das »Blau-Grüne Band« dar. Diese einzigartige grüne Infrastruktur, die sich am Tagebaurand von Jüchen bis nach Erkelenz erstrecken wird, schafft eine Verbindung zwi-

schen den Folgelandschaften und dient als Zeichen des Wandels und der Erholung der Region. In Holzweiler wird zudem das »Dokumentationszentrum Tagebau Garzweiler« errichtet. Ab 2025 soll es Einblicke in die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Tagebaulandschaft geben und sich als neuer touristischer Anziehungspunkt am Restsee etablieren.

Auch die Ankerprojekte anderer Kreise haben bereits Strahlkraft auf den Strukturwandel im Kreis Heinsberg. Das im Kreis Düren angesiedelte »Helmholtz-Cluster für Wasserstoffwirtschaft - HC-H2« hat erst kürzlich am Hermann-Josef-Krankenhaus in Erkelenz ein nachhaltiges Brennstoffzellensystem eingeführt. Der Strukturwandel zeigt sich als Gemeinschaftsprojekt, in denen unsere Region, deren wirtschaftlicher Motor früher der Tagebau war, künftig von innovativer und nachhaltiger Technologie profitieren wird.

Die Landesregierung und die regionalen Akteure sind sich einig, dass die beschleunigte Umsetzung der LEP-Flächen und der Ankerprojekte essenziell für die erfolgreiche Transformation des rheinischen Reviers ist. Uns alle eint der Wille, den Strukturwandel und den Kohleausstieg im rheinischen Revier zum Erfolg werden zu lassen. ■

PRÄVENTION

Parlamentarisches Frühstück

» Schutz vor häuslicher Gewalt «

Der Schutz vor häuslicher Gewalt, der sowohl Frauen als auch Männer betrifft, stand im Mittelpunkt eines Parlamentarischen Frühstücks während der Plenarwoche. Expertinnen und Experten aus dem Bereich des Frauen- und Männerschutzes, vertreten durch den Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), den Sozialdienst katholischer Männer (SKM) und den Sozialdienst katholischer Frauen und Männer (SKFM) aus Nordrhein-Westfalen trafen sich im Katholischen Büro, der Vertretung der Deutschen Bischöfe in NRW, zu einem Austausch mit uns Landtagsabgeordneten.

Das Hauptziel der Veranstaltung war, die Abgeordneten für das Thema der häuslichen Gewalt zu

sensibilisieren und auf die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzierung hinzuweisen. Stephan Buttgeriet, Generalsekretär des SKM-Bundesverbands, machte darauf aufmerksam, dass es in Deutschland seit 40 Jahren Frauenhäuser gibt, während Schutzräume für Männer erst seit vier Jahren bestehen.

Für die Landesregierung NRW sind die Schutzstellen für Männer ein aktuelles und wichtiges Thema. Häusliche Gewalt gegen Männer – lange ein Tabuthema – rückt nun immer mehr in das öffentliche Bewusstsein. Durch diese Veränderung und die zunehmende Aufdeckung von Fällen wird das große Dunkelfeld in diesem Bereich sichtbar. Die wenigen Schutzräu-

me für Männer sind, ebenso wie die für Frauen, ständig voll belegt.

Im Kreis Heinsberg führe ich regelmäßig Gespräche mit Frauenberatungsstellen und den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser und kenne daher – auch aufgrund meiner früheren Befassung mit dem Thema als Kriminalbeamter – die Bedeutung, aber auch die Herausforderungen der Einrichtungen. Es ist eine grundlegende Aufgabe des Staates, seinen Bürgerinnen und Bürgern Schutz zu bieten. Mit einem breiten Angebot an Schutzräumen sowie Hilfe- und Beratungsstellen gelingt es uns, viel Gewalt im häuslichen Bereich zu verhindern. ■



KURZNACHRICHTEN

Auf die Schnelle

Wir stärken die Übungsleiterausbildung an den NRW-Sportschulen

Wir wollen die NRW-Sportschulen dabei unterstützen, den Schülerinnen und Schülern des Leistungsfaches Sport die Möglichkeit anzubieten, die Übungsleiter C-Lizenz abzulegen. Dafür haben die Fraktionen von CDU und Grünen den Antrag »Stärkung der Übungsleiterausbildung an den NRW-Sportschulen« eingebracht, der im Landtag beschlossen wurde.

Durch unsere 18 NRW-Sportschulen ist unser Bundesland flächendeckend hervorragend aufgestellt. In den vergangenen Jahren wurde die Qualität durch 32 Stellen für Trainer und Lehrer bereits deutlich verbessert. Mit unserem Antrag gehen wir noch einen Schritt weiter auf dem Weg, unsere Sportschulen immer besser aufzustellen. Eine Trainer-C-Ausbildung ist eine echte Möglichkeit für unsere jungen Leistungssportlerinnen und -sportler, sich auch als Multiplikatoren in den Sport einzubringen. ■

NRW soll Vorreiter für Kunststoff-Kreislaufwirtschaft werden

Nordrhein-Westfalen soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden – und einer der innovativsten und nachhaltigsten Wirtschaftsstandorte in Europa.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Wandel zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft entscheidend. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und GRÜNEN den Antrag »Die Potenziale Nordrhein-Westfalens für eine nachhaltige Kunststoff-Kreislaufwirtschaft nutzen – eine Plattform für Kunststoffrecycling etablieren« eingebracht, der im Landtag beschlossen wurde.

Heute werden noch zu viele Kunststoffabfälle verbrannt. In Zukunft soll deutlich mehr recycelt werden. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter für eine Kreislaufwirtschaft im Bereich Kunststoffe machen. Wir haben hier vor Ort durch tolle Unternehmen und exzellente Forschungseinrichtungen alle Chancen.

Dazu wollen wir eine Plattform für Kunststoffrecycling schaffen, die u. a. Produktdesigns verbessern hilft und die Entwicklung von Recyclinganlagen im Industriemaßstab anschiebt. Wo mechanisches Recycling an seine Grenzen stößt, wollen wir sogenanntes chemisches Recycling ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen gibt es dazu bereits viele Pilotprojekte, die nun weiter vorangebracht werden sollen. Mit unserer Strategie und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen schützen wir die Umwelt und nachkommende Generationen. Gleichzeitig sorgen wir für sichere Arbeitsplätze und eine gute Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. ■

Demokratische Werte stärken und vermitteln

Unser gesellschaftliches Miteinander ist von demokratischen Prinzipien geprägt. Unser Bildungswesen soll junge Menschen dazu befähigen, die politischen und sozialen Verhältnisse verantwortungsvoll mitzugestalten. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und Grünen den Antrag »Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken« in den Landtag eingebracht.

Wir erleben immer mehr und immer öfter Angriffe auf unsere Demokratie. Zugleich sinkt auch in der Mitte der Gesellschaft das Vertrauen in die Stärke und Lösungskompetenz unseres politischen Gemeinwesens. Dabei sind Frieden und Freiheit ohne eine freiheitlich-demokratische Grundordnung undenkbar. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Demokratische Werte wie unveräußerliche Menschenrechte und Respekt gegenüber anderen sowie demokratische Strukturen wie freie Wahlen und der Umgang mit Mehrheit und Minderheit müssen erlernt und erlebt werden. Hier hat auch unser Bildungswesen eine wichtige Aufgabe. Wir wollen deshalb die Vermittlung dieser Werte und Strukturen im Bildungswesen stärken. Dazu gehört mehr Kontakt zu politischen Institutionen, aber auch der Besuch von Gedenkstätten politischer Gewaltherrschaft. ■

ZIVILSCHUTZ

Debatte an Schulen

Ein wichtiger Faktor in jeder Katastrophenschutzstrategie ist die Zivilgesellschaft. Die Frage, wie die Zivilgesellschaft auf Katastrophen reagiert, wie sie im Katastrophenfall reagiert, ist von großer Bedeutung für die Bewältigung der Lage. Wenn etwa die Erste-Hilfe-Kenntnisse regelmäßig aufgefrischt werden, kann dies über Leben und Tod entscheiden. Wenn unsere Warnsysteme verstanden werden, wenn Medikamente, wenn Vorräte im Haus sind, hat dies einen Einfluss auf den Verlauf einer Katastrophe.

Neben unserer staatlichen Katastrophenschutzinfrastruktur denken wir daher im Bevölkerungsschutz auch stets an die Bevölkerung und deren eigene Resilienz, deren Widerstandsfähigkeit mit. Und diese Resilienz lässt sich mit vielen Maßnahmen niederschwellig erhöhen. Warntage, die erwähnten Erste-Hilfe-Kurse - vieles ist bereits in unserem alltäglichen Leben integriert.

Im Bundestag wurden diese Fragen kürzlich kontrovers diskutiert. Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger forderte Zivilschutzübungen an Schulen, während die CDU-Abgeordnete Karin Prien für die Oppositionsfraktion davor warnte, der Bevölkerung durch diese Maßnahmen Angst zu machen. In unserer CDU-Landtagsfraktion verfolgen wir hingegen das Ziel, die Resilienz der Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Weder am Warntag noch in den Erste-Hil-

fe-Kursen geht es darum, jemandem Angst zu machen. Wir wollen über die realen Gefahren und Katastrophenszenarien aufklären und die Menschen entsprechend vorbereiten.

Gerade die aufgrund des Klimawandels in Häufigkeit und Stärke zunehmenden Naturkatastrophen sind auch ein Grund, uns besser vorzubereiten. Daher haben wir als CDU bereits in der letzten Wahlperiode dafür geworben, dass das Thema Sicherheit und Resilienz einen größeren Stellenwert in Schulen erhält. Konkret haben wir beispielsweise »Blaulicht-

tage« in Schulen gefordert. Diese Forderung haben wir auch in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 in Nordrhein-Westfalen stehen. Denkbar wäre die Durchführung von Katastrophenschutzwochen in Schulen unter Einbindung aller Blaulichtorganisationen. Über die Durchführung an Schulen können wir sicherstellen, so gut wie jede Person im Land zu erreichen, um bei den jungen Menschen ein nachhaltiges Verständnis zu erzeugen und auch für die staatlichen Sicherheitsaufgaben oder die Katastrophenschutzorganisationen zu werben. ■

